Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 9

Artikel: Maulkorb für den Stadtpräsidenten?
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338272

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

und des Kampfausschusses brachten sie ihre Einwände vor und verlangten, die Befreiungsorganisation solle nicht nach einem «demokratischen», sondern nach einem «rein arabischen Staat» streben, da sowieso alle Juden Zionisten seien und man mit ihnen nicht zusammenarbeiten könne. Dies wurde von Arafat und auch dem Führer der radikalen «Befreiungsfront», George Habache, abgelehnt, die darauf verwiesen, dass es bei den Juden heute radikale Oppositionsgruppen gebe (wie zum Beispiel die antizionistische Organisation «Mazpen»), mit denen man zusammenarbeiten müsse. Wie diese Zusammenarbeit jedoch in Zukunft aussehen soll, ist nicht klar. Die meisten Angehörigen von «Mazpen» und einigen anderen Aussenseitergruppen sind Abkömmlinge von Juden, die erst «nach Beginn der zionistischen Invasion» eingewandert sind, das heisst, sie können gemäss der Verfassung, der Palästina-Konvention, kein Bürgerrecht erhalten und müssen damit rechnen, bestenfalls als Parias geduldet zu werden.

Das ist das wirkliche Bild des «freien demokratischen Staates», der nach dem Wunsch der Untergrundverbände an die Stelle Israels treten soll. Auch wer nicht in allen Punkten mit der Politik der Regierung Israels einverstanden ist, wird begreifen, dass die Juden für diese Art von Zukunfts-Demokratie wenig übrig haben und an ihrem eigenen Staat, der ihnen nach 2000 Jahren Zerstreuung endlich die Möglichkeit zur Selbstregierung gab, mit allen Kräften festhalten wollen.

J. E. Palmon (Tel Aviv)

Dr. Richard Lienhard

Maulkorb für den Stadtpräsidenten?

> *«Die Politik, welche die Toleranz sichern will, darf nicht passiv sein. Sie verlangt eine fortlaufende kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik, wie mit denen, die von dieser Politik direkt oder indirekt betroffen werden.»*
> *Dr. Hans Apel, stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, in «Die neue Gesellschaft» 2/70, Seite 155.*

Der Sachverhalt, welcher unserm nachfolgenden Kommentar zugrunde liegt, sei kurz umschrieben:

Unlängst hielt der Zürcher Stadtpräsident *Dr. S. Widmer* am Kongress der Internationalen Bürgermeisterunion in Baden-Baden eine Rede, wobei er auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung streifte und sich in diesem Zusammenhang zu einer Auffassung bekannte, die etwa dem realistischen Kurs der Regierung Brandt/Scheel entspricht. Von diesem aussenpolitischen Exkurs Dr. Widmers nahm die «NZZ» auffällig Notiz, enthielt sich indessen

wohlweislich eines redaktionellen Kommentars. In der Folge reichte der Freisinnige *Dr. Guex* im Gemeinderat eine Interpellation ein, mit welcher er die Frage stellte, ob die Äusserungen des Herrn Stadtpräsidenten nicht als ungebetene Ratschläge und als Einmischung in die Angelegenheiten unserer Nachbarländer empfunden werden müssten. Der Stadtrat wies in der Interpellationsantwort die Vorwürfe von Dr. Guex zurück und stellte sich vorbehaltlos hinter Dr. Widmer. In der Diskussion fand der Interpellant lediglich die Unterstützung des freisinnigen Fraktionschefs *Dr. S. de Capitani*, der immerhin ausdrücklich bemerkte, dass er materiell gegen die betreffenden Ausführungen des Stadtpräsidenten nichts einzuwenden habe. Auch von sozialdemokratischer Seite fand Dr. Widmer Unterstützung, so von *Otto Schütz* und dem Schreibenden. Der Stadtpräsident gab schliesslich die lakonische Erklärung ab, dass er sich auch in Zukunft nicht werde davon abhalten lassen, im Ausland seiner politischen Überzeugung Ausdruck zu geben, wo immer er dies als angezeigt erachte. Damit war aber die öffentliche Diskussion noch nicht zu Ende. Unter der Rubrik «Briefe an die ‚NZZ'» erschien ein Artikel aus der Feder von *Dr. h. c. Paul Schmid-Ammann* mit der Überschrift «Eine Frage des Takts» («NZZ» Mittagsausgabe Nr. 303 vom 3. 7. 70). Darin wagte der Verfasser die Behauptung, die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Dr. Guex und «noch mehr die daran anschliessende Diskussion im Gemeinderat» seien völlig am Kern der Sache vorbeigegangen. Es gehe hier nicht um die freie Meinungsäusserung, sondern um die Frage des politischen Taktes; deshalb bleibe zu wünschen, dass Dr. Widmer inskünftig bei seinem Auftreten im Ausland bedenke, was er seiner öffentlichen Stellung schuldig sei.

Wenn wir hier auf das im besagten «NZZ»-Artikel aufgeworfene Problem eingehen, so deshalb, weil es keineswegs nur von lokaler Bedeutung ist. Was Dr. Widmer passierte, könnte jedem Stadtoberhaupt oder Regierungsvertreter passieren. Es fällt mir freilich nicht leicht, mich an dieser Stelle mit einem meiner Parteifreunde auseinanderzusetzen mit dem Risiko, einen politischen Familienstreit heraufzubeschwören; aber die Auseinandersetzung in der Politik ist nun einmal etwas anderes als die Tätigkeit in einem Damenkränzlein. Zur Überwindung meines Zögerns kommt noch ein persönlicher Grund: In meinem gemeinderätlichen Votum habe ich es bewusst vermieden, das Kriterium «Recht auf freie Meinungsäusserung» zu bemühen. Diese Frage spielt – hier muss man Paul Schmid-Ammann Recht geben – im vorliegenden Fall überhaupt keine Rolle. Der Verfasser des betreffenden NZZ-Leserbriefes stützte sich offenbar lediglich auf den Ratsbericht der «NZZ». Jedenfalls hält das Pauschalurteil, es sei im Gemeinderat durchwegs völlig am Kern der Sache vorbeigeredet worden, einer nähern Prüfung nicht stand.

Die von Dr. Guex, Dr. de Capitani und schliesslich auch von Paul Schmid-Ammann vertretene Auffassung, wonach sich schweizerische Repräsentanten bei Referaten im Ausland nicht ungestraft mit «heissen» politischen Fragen des Gastlandes auseinandersetzen dürften, entspricht einer überholten Denk-

weise. Die genannten Kritiker scheinen völlig zu übersehen, dass es sich bei der Frage der «Wiedervereinigung» – die ja gar nicht loszulösen ist von einer aktiven Friedenspolitik – keineswegs etwa nur um eine innerdeutsche, sondern um eine *europäische* Frage ersten Ranges handelt. Dies wird von repräsentativen Vertretern der Bundesrepublik Deutschland auch immer wieder bestätigt. Soll es nun nur noch Vertretern von Grossmächten gestattet sein, in der Bundesrepublik Deutschland zu solch einer europäischen Frage Stellung zu nehmen? Es besteht da kein überzeugender Grund, Vertreter eines Kleinstaates zur Zurückhaltung zu verpflichten. Auch wir Schweizer kommen nicht mehr darum herum, Europa als *Schicksalsgemeinschaft* zu begreifen. Darum verdienen ja die Bemühungen um eine europäische Integration unser besonderes Interesse, so wie wir auch die Bestrebungen des Europarates lebhaft begrüssen. Gewiss stehen wir noch am Anfang des Wegs zu einem geeinten Europa. Gerade als Sozialisten haben wir allen Anlass, uns zu diesem Zielbild zu bekennen. Es gilt nun, daraus rechtzeitig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. So ist es unvermeidlich, dass auch in dieser Beziehung etwa ein Tabu fallen muss. Gerade die jüngere Generation zeigt alles Verständnis dafür, wenn sich einmal ein Vertreter unseres Landes im Ausland etwas stärker engagiert: auf das Risiko, einige alte Tanten aus West und Ost vor den Kopf zu stossen. Damit ist noch lange nicht gesagt, dass etwa von unseren Bundesräten erwartet würde, sie sollten sich im Ausland bei jeder Gelegenheit ohne zwingenden Anlass exponieren. Nichts einzuwenden ist aber dagegen, dass einmal ein Stadtpräsident in dieser Richtung Pionierarbeit leistet, im Rahmen einer internationalen Organisation mit einem nicht mehr zeitgemässen Tabu bricht und Stellung nimmt zu einem europäischen Problem, dessen Lösung unser Land nicht gleichgültig lassen kann.

Auch von der Bundesrepublik Deutschland aus gesehen besteht kein überzeugender Grund, die Äusserungen Dr. Widmers als unerwünschte Einmischung zu bezeichnen. Wenn der politisch unverdächtige Sozialdemokrat *Dr. Apel* (a. a. O.) fordert, dass die Politiker ihre Empfindlichkeiten abbauen sollten, so gilt dies ganz besonders für die internationalen Beziehungen. In der Bundesrepublik Deutschland müsste es geradezu erwünscht sein, dass repräsentativen Vertretern des Auslandes Gelegenheit geboten wird, mit wohltuender Distanz einen Diskussionsbeitrag zu Fragen deutscher Politik von europäischer Tragweite zu leisten. Das Verständnis für eine solche Öffnung und für eine Auseinandersetzung mit Vertretern des Auslandes ist heute in der Bundesrepublik Deutschland grösser denn je. So hat man auch dort erkannt, wie sehr das moralische Prinzip der Toleranz ein Bestandteil der Gesellschaftspolitik darstellt. Echte Toleranz hat aber nichts zu tun mit der Tendenz, um des lieben Friedens willen jeder Stellungnahme aus dem Weg zu gehen. Zutreffend spricht der zitierte Sozialdemokrat Dr. Apel (a. a. O.) von der Gefahr der *passiven Toleranz*. Darunter versteht er das «Abwarten, das Treibenlassen, die Angst vor der öffentlichen und veröffentlichten Meinung im Bereich der Politik». Aus dieser Überlegung heraus habe ich in

meinem gemeinderätlichen Votum die Behauptung gewagt, es werde zuviel geschwiegen: eine Bemerkung, die von Paul Schmid-Ammann offenbar missverstanden wurde. Mit Recht fordert Dr. Apel eine *aktive Toleranz*, und zwar auch zur Pflege guter Nachbarschaft: «*Wir müssen lernen, einander zuzuhören und zu verstehen*» (a. a. O.).

Gewiss hat sich diese vorbildliche Auffassung noch nicht überall durchgesetzt: jedenfalls nicht im Kreise des Herrn F. J. Strauss. Sie ist aber bezeichnend für die Auffassung einer jüngern Generation und für den Wandel der Meinung über das Gespräch mit Vertretern des Auslandes. Es darf denn auch festgestellt werden, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland keine massgebende Stimme gegen die Ausführungen von Dr. Widmer erhob. Im Gespräch mit Parteifreunden aus Deutschland erfuhr ich im Gegenteil, dass die unumwundene Positionsnahme Dr. Widmers in Deutschland eine gute Aufnahme fand. Keine Regel ohne Ausnahme: Unlängst las ich in Wien das Organ der NPD, die «National- und Soldatenzeitung» und damit den Satz: «Gott schütze unser Land vor der Ostpolitik der Regierung Brandt und ihren Ratgebern». Es lässt sich indessen fragen, ob der liebe Gott von dieser Seite Anträge entgegennimmt.

Nicht zu überzeugen vermag deshalb das von Paul Schmid-Ammann angeführte umgekehrte Beispiel: Wie wäre es, wenn ein deutscher Bürgermeister etwa in Bern der Schweiz den Rat erteilte, es sei auf eine Vereinigung des Juras mit dem Kanton Bern zu verzichten. Hier handelt es sich indessen um ein innenpolitisches Problem, durch welches das Ausland in keiner Weise berührt wird. Insofern hinkt der Vergleich. Es versteht sich von selbst, dass sich ein schweizerischer Repräsentant im Ausland nicht in rein innenpolitische Streitfragen des Gastlandes einmischen sollte. In einem solchen Fall würde sich tatsächlich die Frage des politischen Taktes stellen.

Im übrigen ist aber unser Land nicht nur im Innern, sondern auch in seinem Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten auf eine Politik aktiver kritischer Toleranz – anstelle einer bloss passiven Toleranz – angewiesen. Eine solche Politik hängt jedoch entscheidend davon ab, ob die Vertreter dieser Länder auch den Mut finden, sich zu dieser Toleranz zu bekennen.

Andernfalls liesse sich mit Fug fragen, ob die Bemühungen um ein geeintes Europa wirklich ernst gemeint oder lediglich als Schaumschlägerei zu werten seien.

Blick in die Zeitschriften

Das Juli-Heft der in Stuttgart erscheinenden Monatsschrift «*osteuropa*» enthält drei Hauptbeiträge: «Schatten der Vergangenheit in Rumänien», «Die Regierung Brandt aus Moskauer Sicht» und «Zum Standort der KPF», wobei besonders der letztere auf grösseres Interesse stossen dürfte. Anhand Originaldokumenten wird die Stellung der französischen Kommunisten